

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Ulla Schmidt MdB fordert staatliches Handeln um die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen: Der Standort Deutschland - ohne Frauen?

Seite 1

Dr. Cornelia Sonntag MdB kommentiert die Berufung von Peter Boenisch als CDU-Wahlkampfberater: Der Mann fürs Meise.

Seite 4

49. Jahrgang / 28

9. Februar 1994

Der Standort Deutschland - ohne Frauen? Staatliches Handeln ist dringend erforderlich, um die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen

Von Ulla Schmidt MdB
Vorsitzende der Querschnittsgruppe Gleichstellung von Frau und Mann der SPD-Bundestagsfraktion
Mitglied in der Kommission "Regierungsprogramm 1994", zuständig für den Bereich Gleichstellung der Geschlechter

Dieser Tage führte ich mit Vertreterinnen aus Kreistagen und mit Frauenbeauftragten einen intensiven Meinungsaustausch über die Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben.

Wir waren uns darüber einig, daß die derzeitige Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt staatliches Handeln dringend erforderlich macht:

- Unter den Arbeitslosen sind Frauen überproportional vertreten. Allein im Osten ist fast jede vierte Frau erwerbslos.
- Frauen verdienen ein Drittel weniger als Männer.
- In den Führungspositionen sind sie eine absolute Seltenheit.

Selbst in den typischen Frauenindustrien, in der Textilbranche und in der Nahrungsmittelindustrie dominieren Frauen nur zahlenmäßig. In der Haute Couture und der Haute Cuisine residiert unangefochten der Maitre.

In den deutschen Vorstandsetagen sind Frauen nur noch als Spurenelemente sichtbar. In den letzten elf Jahren ist der Frauenanteil in den 626 umsatzstärksten Aktiengesellschaften und GmbHs in einem "atemberaubenden" Tempo gestiegen: nämlich von 0,11 auf 0,52 Prozent. In diesen Vorstandsetagen sitzen zwölf weibliche Vorstands- beziehungsweise Geschäftsführungsmitglieder neben 2.286 Männern.

Und in den Spitzenpositionen der Wirtschaft und Verwaltung verfügen Männer über eine Reservierungsquote von fast 95 Prozent.

Zu diesem Bild des Standortes Deutschland gehört aber auch eine bestqualifizierte Frauengeneration, die endlich ihrer Qualifikationen entsprechend eingesetzt und bezahlt werden will.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 87, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verantwortlicher Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Unser Gespräch führte zu folgenden Ergebnissen:

Die Gesprächsteilnehmerinnen sind der Auffassung, daß der SPD-Gesetzentwurf zur Gleichstellung von Frau und Mann die notwendigen verbindlichen Regelungen enthält, um glaubwürdige Frauenförderung umsetzen zu können.

Mit Nachdruck setzen sie sich dafür ein, daß Nutznießerinnen eines Gleichstellungsgesetzes alle Frauen sein müssen. Im Gegensatz zu dem Gleichberechtigungsgesetzentwurf der Bundesfrauenministerin wird keine Zwei-Klassengesellschaft von Frauen angestrebt. Die gesetzlichen Regelungen müssen daher den öffentlichen Dienst und die Privatwirtschaft gleichermaßen miteinbeziehen.

1. Nach dem Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion werden alle Betriebe und Dienststellen - unabhängig von ihrer Größe - zur Frauenförderung verpflichtet. Im öffentlichen Dienst und in allen Betrieben mit mindestens 100 Beschäftigten müssen Frauenförderpläne erstellt werden, die verbindliche Vorgaben zur Beseitigung der Unterrepräsentanz von Frauen auf allen Ebenen enthalten.

Für diesen Bereich werden die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates (Paragraph 92 Betriebsverfassungsgesetz) erweitert, so daß sie die Möglichkeit haben, bei der Erstellung, Vereinbarung und Durchführung der Frauenförderpläne mitzuwirken.

2. Frauen müssen bei Einstellung und Beförderung bei gleicher Qualifikation bevorzugt werden. Dabei bestimmt sich die Qualifikation ausschließlich nach den Anforderungen der zu besetzenden Stelle, den Ausbildungsvoraussetzungen und den beruflichen Erfahrungen. Durch diese qualifikationsbezogene Quote werden sich die Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen qualitativ und quantitativ verbessern. Frauen werden größere Einstellungschancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten und endlich auch in der Hierarchie aufsteigen.
3. Mit der geschlechtsspezifischen Quotierung aller Ausbildungsplätze in Betrieben und Behörden ab 50 Beschäftigten wollen wir Mädchen und Frauen ein breiteres Berufsspektrum eröffnen. Damit verbunden ist die Hoffnung, daß langfristig der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt überwunden wird. Das heißt mehr Männer als Pulsfühler im Krankenhaus, als Erzieher in den (noch fehlenden) Kindertageseinrichtungen und vielleicht auch mehr Männer als praktizierende Väter.
4. Eine gute Voraussetzung für die Erfüllung dieser Quote ist die Verpflichtung, zu einem Bewerbungsgespräch die gleiche Anzahl von Frauen und Männer einzuladen. Hierzu gehört auch das Verbot, Stellen nach dem Geschlecht auszuschreiben.
5. Internationale Vergleiche zeigen, daß Frauenförderung allein bei den bisher genannten Maßnahmen immer dann am wirkungsvollsten sind, wenn Sanktionen drohen.

Diskriminierungsverbote bei der Einstellung, Beförderung oder Höhergruppierung müssen deshalb als Ordnungswidrigkeit geahndet werden. Für die Arbeitnehmerinnen sind Schadensersatzansprüche von mindestens drei Monatsgehältern vorgesehen.

6. Zur Bekämpfung der mittelbaren und unmittelbaren Diskriminierung ist die Beweislastumkehr unumgänglich. Frauen werden leichter ihre Rechte geltend machen können, wenn der Arbeitgeber nachweisen muß, daß er nicht diskriminiert hat.

7. Arbeitgeber werden aber nicht nur "mit Druck" beeinflusst. Der Gesetzgeber kann Frauenförderung auch noch mit anderen Mitteln beeinflussen, zum Beispiel mit zusätzlichen Anreizsystemen.

Dies wollen wir mit der Koppelung von Auftrags- und Subventionsvergabe erreichen. Mit den damit verbundenen frauenfördernden Auflagen wird im wahrsten Sinne des Wortes Frauenförderung in die Betriebe hineingetragen.

8. Die Frauenbeauftragten sind für die Umsetzung und Kontrolle der Gleichstellung notwendig. So ist in jedem Betrieb mit mindestens 200 Beschäftigten eine Frauenbeauftragte zu wählen. Sie hat daher Einsichts-, Mitwirkungs- und Initiativrechte. Sie muß nicht nur angehört werden, sondern sie kann bei Nichteinigung mit der Arbeitgebersseite eine Vermittlungsstelle anrufen.

9. Aber nicht nur die Frauenbeauftragte, sondern auch die Betriebs- und Personalräte müssen nach dem SPD-Gesetzesentwurf sich verstärkt für Frauenförderung einsetzen.

So dürfen bei Betriebsänderungen, zum Beispiel Massenentlassungen (Paragraph 111 und 112 a BetrVG) Frauen nicht mehr betroffen sein, als es ihrem Anteil an den Beschäftigten des Betriebes entspricht. Ebenso erhalten die Betriebs- und Personalräte ein Mitbestimmungs- und damit ein Initiativrecht bei Maßnahmen zur Regelung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Mit der Absicherung der Teilzeitarbeit für Männer und Frauen schaffen wir gleichzeitig die Möglichkeit von Teilzeitarbeit auch in Führungspositionen.

Um die Interessenvertretung von Frauen in diesen Gremien zu verbessern, ist auch hier eine Quotierung - orientiert an dem weiblichen Beschäftigungsanteil vorgesehen sowie die Bildung von Gleichstellungsausschüssen.

10. Es geht aber nicht nur um eine andere Besetzung der Betriebs- und Personalräte, sondern auch um eine andere Besetzung von Gremien, Kommissionen und Beiräten, die zumeist von den Regierungen besetzt werden.

Die bisherigen "Nadelstreifen-Gremien" sind veränderungswürdig im Sinne einer Geschlechterdemokratie.

11. Der Arbeitsplatz ist der zweithäufigste Ort, an dem Frauen sexuellen Belästigungen bis hin zu körperlichen Übergriffen ausgesetzt sind.

Nach dem SPD-Entwurf ist die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz eine Verletzung des Arbeitsvertrages beziehungsweise ein Dienstvergehen. In Betrieben beziehungsweise Dienststellen mit mehr als 50 Beschäftigten ist daher eine Beschwerdekommision einzurichten. Die Sanktionen gehen von der öffentlichen Entschuldigung über den Vermerk in der Personalakte, die Androhung arbeitsrechtlicher und dienstrechtlicher Konsequenzen bis hin zur fristgerechten beziehungsweise fristlosen Kündigung. Wir billigen den Betroffenen Schadensersatzansprüche zu und führen die Beweislastumkehr ein.

(-/9. Februar 1994/rs/ks)

Der Mann fürs Miese

Peter Boenisch wurde für den CDU-Wahlkampf angeheuert

Von Dr. Cornelle Sonntag MdB

Kein Zweifel: Dieser Kanzler steht mit dem Rücken zur Wand. Die Arbeitslosenzahlen erreichen neue Rekordmarken. Der Koalitionspartner FDP übt sich in gequälten Profilierungsversuchen und blockiert eine Einigung über die Pflegeversicherung. Die Wahlforscher sagen der Union eine hohe Niederlage voraus. Was tut man in solcher Lage? Da die SPD die wichtigsten Themen, die die Menschen derzeit bewegen, offensiv besetzt - Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, aktive Arbeitsmarktpolitik - sucht die CDU/CSU Nebenkriegsschauplätze. Bislang mit geringem Erfolg, wie die Kampagne zur Aufdeckung angeblicher Kungeläden zwischen SPD und SED beweist.

Und auch der Generalsekretär im Konrad-Adenauer-Haus, Peter Hintze, muß einen vernichtenden Kommentar nach dem anderen über seine Aktivitäten im Vorfeld des Wahlkampfes einstecken.

In dieser Situation engagiert Helmut Kohl den Mann fürs Miese: Peter Boenisch. Berater für den Wahlkampf soll er sein. Übrigens nicht zum erstenmal: Schon 1976, 1980 und 1983 stand er Kohl zur Seite, war sogar in den Jahren 1983 bis 1985 Regierungssprecher. Ein Steuerverfahren mit einer Rechnung von rund einer Million Mark an Boenisch beendete vorerst weitere Tätigkeiten im Dienste der Regierung.

Nun also ist Peter Boenisch wieder gefragt. Die Stoßrichtung ist klar: Gebraucht wird ein Kenner publizistischer Wadenbeißerei. Jemand, der die Tatsache, daß Wahlkampf heute im wesentlichen über die Medien läuft, bis zur letzten Konsequenz nutzt. Ein Mann, hochgekommen im Springer-Konzern - die Absicht ist unverkennbar. Er soll den rat- und konzeptlosen Kanzler die Ablenkungsthemen liefern, wenn denn schon in den zentralen Bereichen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik kein Blumentopf mehr zu gewinnen ist. Mit anderen Worten: Die Hardliner der CDU und der CSU versuchen neue Kriegsschauplätze zu finden und dorthin vorzustoßen, wo aus politischem Schlagabtausch Diffamierung wird - und der gewiefte Medien-Mann sorgt für Verbreitung.

Beweise seines Könnens hat er in den vergangenen drei Wochen schon geliefert. Anders als die meisten anderen Blätter, die mit der SPD-SED-Kampagne der Union eher behutsam umgehen, legt sich Boenisch mit Kurzkomentaren in der Bild-Zeitung schwer ins Zeug. Seine mit dramatischem Stakkato vorgebrachten Forderungen an die SPD im allgemeinen und Rudolf Scharping im besonderen, jetzt müsse die volle, angebliche Wahrheit auf den Tisch, waren geeignete Visitenkarten für neue Aufgaben.

Nur: Es spricht nicht viel dafür, daß die Manipulationsversuche zur Themenverlagerung gelingen. "Bild", "Welt am Sonntag" und wenige andere schüren mit - aber der größte Teil der Publizistik erkennt die Absicht und ist verstimmt. Und alles deutet darauf hin, daß sich auch die Wählerinnen und Wähler nicht auf Nebengleise locken lassen.

(-/9. Februar 1994/rs/ks)
